

# Inhaltsübersicht

Kapitel 1: Einleitung .....	1
A. Das Paradox privatrechtlicher Freiheit .....	1
B. Begriff der Bindungsgrenze und Beschränkung der Untersuchung .....	5
C. Indizien für die Akzeptabilität von Bindungsgrenzen .....	7
D. Einzelne Fragestellungen .....	18
Kapitel 2: Nicht-paternalistische Begründung von Bindungsgrenzen durch objektive Freiheiten .....	21
A. Keine Freiheitsbeschränkung des Begünstigten .....	23
B. Schutz zukünftiger Freiheit ( <i>Oetker, Enderlein</i> ) .....	25
C. Vorrang des gegenwärtigen Willens vor ehemaligem Wollen ( <i>Parfit, Hare</i> ) .....	30
D. Auseinanderfallen von vorgestellter und resultierender Verpflichtung ....	37
E. Institutslogik zur Rechtfertigung der Bindungsgrenzen ( <i>Jhering</i> ) .....	41
F. Schutz objektiver Freiheiten als Rechtfertigung der Bindungsgrenzen ....	45
G. Zwischenfazit .....	56
Kapitel 3: Einzelne Bindungsgrenzen und ihre Erklärung durch objektive Freiheiten .....	59
A. Ziele und Vorgehen .....	59
B. Zweck der Bindungsgrenze in Arbeits- und sonstigen Dienstverträgen (§ 624 S. 1 BGB, § 15 IV S. 1 TzBfG) .....	60
C. Zweck der Bindungsgrenzen in Miet- und Pachtverträgen (§ 544 BGB) .....	94

D. Zweck der erbrechtlichen Bindungsgrenzen .....	150
E. Zweck der Bindungsgrenze in Darlehensverträgen (§ 489 BGB).....	163
F. Zweck der Begrenzung von Mindestvertragslaufzeiten in Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Versicherungsverträgen.....	177
G. Zweck der richterrechtlichen Fallgruppen der Bindungsbegrenzung von Getränkebezugs- und anderen Verträgen.....	195
H. Zweck der allgemeinen richterrechtlichen Bindungsgrenze (§ 138 BGB) .....	236
I. Anmerkung zur wettbewerbs- und kartellrechtlichen Bindungsgrenze (§ 4 Nr. 10 UWG, §§ 1 ff., 19 ff. GWB, Art. 101 f. AEUV).....	262
 <b>Kapitel 4: Allgemeine Bindungsgrenzen als Konsequenz objektiver Freiheiten.....</b>	 <b>265</b>
A. Die Verallgemeinerung der Bindungsgrenzen durch „mittelbare Allgemeinwirkung“ .....	265
B. Konstruktion allgemeiner Bindungsgrenzen.....	287
 <b>Kapitel 5: Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	 <b>313</b>

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
<b>Kapitel 1: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<i>A. Das Paradox privatrechtlicher Freiheit .....</i>	<i>1</i>
<i>B. Begriff der Bindungsgrenze und Beschränkung der Untersuchung.....</i>	<i>5</i>
<i>C. Indizien für die Akzeptabilität von Bindungsgrenzen.....</i>	<i>7</i>
I. Anlage des BGB.....	8
II. Entwicklung der Bindungsgrenze .....	9
III. Praktische Grenzen und ihr Stellenwert.....	12
IV. Langfristige Bindung als Ausnahmekonstellation der Privatautonomie .....	13
1. Freiheit .....	14
2. Marktwirtschaft.....	15
V. Keine liberale Tradition von Bindungsautonomie ( <i>Savigny, Jhering, Mill, Humboldt</i> ) .....	16
<i>D. Einzelne Fragestellungen.....</i>	<i>18</i>
<b>Kapitel 2: Nicht-paternalistische Begründung von Bindungsgrenzen durch objektive Freiheiten .....</b>	<b>21</b>
<i>A. Keine Freiheitsbeschränkung des Begünstigten.....</i>	<i>23</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	23

II. Einwände .....	24
III. Ergebnis .....	24
<i>B. Schutz zukünftiger Freiheit (Oetker, Enderlein) .....</i>	<i>25</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	25
1. Bindungsgrenzen als Kompromiss zwischen Bindungsautonomie und Ungebundenheit .....	25
2. Verbesserung der Freiheitsbilanz über die Lebenszeit .....	27
II. Einwände .....	28
III. Ergebnis .....	29
<i>C. Vorrang des gegenwärtigen Willens vor ehemaligem Wollen (Parfit, Hare) .....</i>	<i>30</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	30
1. Nur teilweise Identität des Gebundenen mit dem Bindenden (Parfit) .....	31
2. Unbeachtlichkeit von „Jetzt-für-dann-Präferenzen“ (Hare) .....	33
II. Einwände .....	35
1. Gegen Hare .....	35
2. Gegen Parfit .....	35
III. Ergebnis .....	36
<i>D. Auseinanderfallen von vorgestellter und resultierender Verpflichtung .....</i>	<i>37</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	37
1. Veränderlichkeit der Umstände .....	37
2. Eingeschränkter Prognosehorizont und Abdiskontieren zukünftiger Vorteile .....	38
II. Einwände .....	39
III. Ergebnis .....	41
<i>E. Institutslogik zur Rechtfertigung der Bindungsgrenzen (Jhering) .....</i>	<i>41</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	42
II. Einwände .....	43
III. Ergebnis .....	44
<i>F. Schutz objektiver Freiheiten als Rechtfertigung der Bindungsgrenzen .....</i>	<i>45</i>
I. Darstellung des Vorschlags .....	45
1. Die Privatrechtsordnung .....	45
2. Objektive Freiheiten der Privatrechtsordnung .....	45
3. Drohende Beeinträchtigung durch private Rechtssetzung .....	46

4. Private Rechtssetzung durch langfristig bindende Standardregelungen.....	48
a) Langfristige Bindungen .....	48
b) Standardregelungen .....	48
c) Langfristige Bindung als Standardregelung .....	49
5. Keine subjektive Realisierbarkeit objektiver Freiheiten .....	50
6. Objektive Eigentums-, Berufs- und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit .....	51
II. Einwände .....	52
1. Keine Rechtsverletzung Dritter im Sinne des Schadensprinzips .....	52
a) Darstellung des Einwands.....	52
aa) Schaden nur bei Rechtsverletzungen.....	52
bb) Verträge verletzen keine Rechte Dritter .....	53
b) Erwiderung .....	53
2. Institutionelles Rechtsdenken.....	54
a) Darstellung des Einwands.....	54
b) Erwiderung .....	55
3. Weitere Einwände.....	55
III. Ergebnis .....	56
G. Zwischenfazit .....	56

**Kapitel 3: Einzelne Bindungsgrenzen und ihre Erklärung durch objektive Freiheiten.....59**

A. Ziele und Vorgehen .....	59
B. Zweck der Bindungsgrenze in Arbeits- und sonstigen Dienstverträgen (§ 624 S. 1 BGB, § 15 IV S. 1 TzBfG).....	60
I. Einleitung.....	60
1. Regelung.....	60
2. Mögliche Erklärungen.....	60
II. Erklärungsmodelle der §§ 624 S. 1 BGB, 15 IV S. 1 TzBfG .....	61
1. Schutz vor Subordination.....	61
2. Besonderheit Investitionen in Beschäftigte .....	62
3. Optimale Allokation der Arbeitskraft als volkswirtschaftliche Erklärung .....	65
4. Wettbewerbsschutz als volkswirtschaftliche Erklärung.....	66
a) Kartell- und wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit .....	66
aa) Kartellrechtliche Zulässigkeit .....	67

bb) Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit (UWG).....	69
cc) Zwischenergebnis .....	69
b) Weitere Einwände gegen den Zweck des Wettbewerbsschutzes .....	70
c) Folgerungen.....	71
5. Schutz der Freiheit des Dienstverpflichteten .....	72
a) Argumente für den Freiheitsschutz als Zweck .....	72
b) Geschützte Freiheiten im Einzelnen.....	74
c) Einwand der Überflüssigkeit neben § 888 III ZPO .....	75
d) Einwand freiwilliger Übernahme der Dienstverpflichtung ....	77
III. Zwischenergebnis zum Zweck der dienst- und arbeitsvertraglichen Tätigkeitsbindungsgrenze .....	78
IV. Nachträglicher Einwand: Zu weiter Anwendungsbereich der Tätigkeitsbindungsgrenze .....	78
1. Beweggründe des historischen Gesetzgebers für den weiten Anwendungsbereich des § 624 S. 1 BGB.....	79
2. Gründe für die Fortgeltung des § 624 S. 1 BGB neben § 15 IV TzBfG.....	81
a) Einführung des § 15 IV TzBfG.....	81
b) Praktische Unschädlichkeit des Anwendungsüberhangs .....	82
aa) Rechtsprechung zur Nicht-Anwendung des § 624 S. 1 BGB im Einzelnen .....	84
bb) Kriterien der Nichtanwendbarkeit .....	88
cc) Fazit.....	89
V. Begrenzung weiterer Tätigkeitsbindungen.....	89
1. Wettbewerbsverbote .....	89
2. Aufträge.....	90
3. Personengesellschaften .....	90
a) Unzureichender Schutz durch § 724 S. 1 BGB .....	91
b) Unzureichender Schutz durch § 723 III BGB.....	92
c) Schutz durch § 624 S. 1 BGB .....	93
<i>C. Zweck der Bindungsgrenze in Miet- und Pachtverträgen (§ 544 BGB)....</i>	<i>94</i>
I. Einleitung.....	94
1. Regelung.....	94
2. Mögliche Erklärungen.....	97
II. Individualschutz durch § 544 BGB.....	99
1. Darstellung des Vorschlags.....	99
a) Individualschutz des konkreten Eigentümers und des Mieters .....	99
b) Individualschutz der konkreten Erben.....	100
2. Einwände .....	101

a)	Kein Schutz der konkreten Vertragsparteien.....	101
b)	Kein Schutz der konkreten Erben .....	101
3.	Ergebnis.....	101
III.	Wesensmäßige zeitliche Begrenztheit von Miete und Pacht .....	102
1.	Darstellung des Vorschlags.....	102
2.	Einwände.....	102
3.	Ergebnis.....	103
IV.	Obligatorischer Charakter der Miete.....	103
1.	Darstellung des Vorschlags.....	103
2.	Einwände.....	105
3.	Ergebnis.....	106
V.	Ungeteiltes Eigentum als Grundprinzip des BGB .....	106
1.	Darstellung des Vorschlags.....	106
a)	Ablehnung geteilten Eigentums durch die Verfasser des BGB.....	106
b)	Argumente gegen geteiltes Eigentum.....	108
c)	Verbindlichkeit des Gesetzeszwecks auch bei Unmaßgeblichkeit der Argumente .....	109
2.	Einwände.....	111
a)	Formell und materiell geteiltes Eigentum .....	111
b)	Kein Verbot materiellen Eigentums im BGB .....	114
3.	Ergebnis.....	116
VI.	Verfassungsrechtliches Gebot materiell ungeteilten Eigentums (Art. 14 GG).....	116
1.	Darstellung des Vorschlags.....	116
2.	Einwände.....	118
3.	Ergebnis.....	121
VII.	Wirtschaftliche Stärkung der ehemaligen Erbmieter und Erbpächter .....	122
1.	Darstellung des Vorschlags.....	122
2.	Einwände.....	125
a)	Keine Erleichterung von Investitionen.....	125
b)	Bestreben zur Wiedereinführung der Erbpacht .....	126
3.	Ergebnis.....	130
VIII.	Volkswirtschaftliche Verfügbarkeit von Sachen.....	130
1.	Darstellung des Vorschlags.....	130
a)	Kein endgültiger rechtlicher Verlust von Nutzungsmöglichkeiten .....	130
b)	Anforderungen volkswirtschaftlicher Verfügbarkeit.....	132
2.	Einwände.....	134
a)	Mit- und Wohnungseigentum .....	135
b)	Erbbaurecht .....	135
c)	Grunddienstbarkeiten.....	136

d) Nießbrauchsrecht.....	137
e) Beschränkte persönliche Dienstbarkeit.....	138
f) Pfandrecht an beweglichen Sachen.....	138
g) Hypothek.....	139
h) Grundschuld.....	139
i) Rentenschuld.....	140
j) Reallast.....	140
k) Schuldrechtliche Verfügungsverbote, § 137 S. 2 BGB.....	142
3. Ergebnis.....	143
IX. Erhalt der objektiven Eigentumsfreiheit.....	145
1. Darstellung des Vorschlags.....	145
2. Einwände.....	146
a) Darstellung des Einwands.....	146
b) Erwiderung.....	147
c) Ergebnis.....	148
X. Zwischenergebnis zum Zweck der Bindungsgrenze in Miet- und Pachtverträgen (§ 544 BGB).....	148
XI. Begrenzung weiterer schuldrechtlicher Sachbindungen (Leihe, Verwahrung).....	148
<i>D. Zweck der erbrechtlichen Bindungsgrenzen.....</i>	<i>150</i>
I. Einleitung.....	150
II. Eigentümerschutz.....	151
III. Volkswirtschaftliche Verfügbarkeit.....	152
IV. Rechtssicherheit.....	153
V. Genehmigungserfordernis von Stiftungen.....	155
VI. Schutz der Eigentumsordnung auch im Interesse nachfolgender Generationen.....	156
1. Darstellung des Vorschlags.....	156
2. Problem der Erbauflagen.....	157
3. Abgrenzung zum Schutz vor erbrechtlichen Verwirkungsklauseln.....	160
VII. Zwischenergebnis zur Erklärung der erbrechtlichen Bindungsgrenzen.....	163
<i>E. Zweck der Bindungsgrenze in Darlehensverträgen (§ 489 BGB).....</i>	<i>163</i>
I. Einleitung.....	163
II. Erreichung marktgerechter Zinsen.....	164
III. Anpassung an veränderte Umstände.....	166
1. Kündigungsrecht als Instrument zur Anpassung der Vertragskonditionen an das Marktniveau.....	166
2. Einwände.....	169

IV. Unabsehbarkeit der Zinsentwicklung.....	170
1. Erklärung aus der Einseitigkeit des Kündigungsrechts.....	170
2. Einwände.....	170
V. Wirtschaftliche Handlungsfreiheit.....	172
1. Der Schutz wirtschaftlicher Handlungsfreiheit auch durch §§ 489 II, 490 II S. 1 BGB und § 500 II BGB.....	172
2. Der Vorrang der Kündigung vor der Vertragsanpassung.....	176
VI. Zwischenergebnis zum Zweck der Bindungsgrenze in Darlehensverträgen.....	177
F. Zweck der Begrenzung von Mindestvertragslaufzeiten in Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Versicherungsverträgen.....	177
I. Bindungsgrenzen des AGB-Rechts (§§ 307 I, 309 Nr. 9 BGB).....	177
1. Klauselkontrolle zum Schutz von Verbrauchern als Klauselgegnern (§ 309 Nr. 9 BGB).....	179
a) Unterlegenheit des Klauselgegners.....	181
b) Motivationsgefälle zwischen Klauselverwender und Klauselgegner.....	182
2. Klauselkontrolle zum Schutz von Unternehmern als Klauselgegnern, § 307 I 1 S. 1 BGB.....	184
a) Rationalisierung.....	185
b) Einwand eines verkehrten Schutzes von Verbrauchern und Unternehmern.....	185
c) Einwand bis zu zehnjähriger Bindung.....	186
3. Objektivierungstendenz von AGB als Erklärung des verschärften Prüfungsmaßstabs.....	188
II. Bindungsgrenzen für Versicherungsverträge als verdecktes AGB-Recht (§ 11 II S. 2, IV VVG).....	191
G. Zweck der richterrechtlichen Fallgruppen der Bindungsbegrenzung von Getränkebezugs- und anderen Verträgen.....	195
I. Richterrechtliche Begrenzung von Bierlieferungsverträgen.....	198
1. Persönliche Freiheit („Schutz vor dem Beruf“).....	198
2. Privatautonomie.....	202
3. Vertragsgerechtigkeit.....	207
4. Wettbewerbsschutz.....	212
5. Investitionsförderung.....	217
6. Wirtschaftliche Handlungsfreiheit und Selbstständigkeit („Schutz des Berufes“).....	219
a) Wirtschaftliche Bewegungsfreiheit als Resultat allgemeiner Kündigungsfreiheit.....	221

b) Bindung des Gastwirts als aliud zur Unselbstständigkeit des Arbeitnehmers .....	222
aa) Berufsbild selbstständiger Gastwirt.....	222
bb) Vertragliches Leitbild Selbstständigkeit.....	223
cc) Verantwortung .....	226
c) Wirtschaftliche Beweglichkeit als gesellschaftlicher Wert..	229
7. Zwischenergebnis zum Zweck der Bierlieferungsrechtsprechung.....	233
II. Tankstellenstationärverträge und Automatenaufstellverträge.....	234
<i>H. Zweck der allgemeinen richterrechtlichen Bindungsgrenze (§ 138 BGB).....</i>	<i>236</i>
I. Einleitung.....	236
II. Entwicklung der BGH-Rechtsprechung zu langdauernder Bindung .....	238
III. Erklärung der Rechtsprechung.....	245
1. Faktische Begrenzung .....	247
2. Wohlfahrtssteigernde Faktorzusammenfassungen durch sachbezogene schuldrechtliche Strukturbildung (Wärmeversorgungsvertrag, Wasserlieferungsvertrag, Stromdurchleitung) .....	248
3. Bindungsalternativen (DÜRA Vollsalz, Klinik KG).....	253
4. Überlanger Verlust des Selbstbestimmungsrechts über die Zukunft der gesamten selbstständigen Erwerbstätigkeit .....	255
IV. Kündigungsfreundliche Auslegung, Wegfall der Geschäftsgrundlage und außerordentliche Kündigung als Einschränkungen unbegrenzter Bindung .....	257
V. Zwischenergebnis zum Zweck der allgemeinen richterrechtlichen Bindungsgrenze (§ 138 BGB) .....	261
<i>I. Anmerkung zur wettbewerbs- und kartellrechtlichen Bindungsgrenze (§ 4 Nr. 10 UWG, §§ 1 ff., 19 ff. GWB, Art. 101 f. AEUV).....</i>	<i>262</i>

## Kapitel 4: Allgemeine Bindungsgrenzen als Konsequenz objektiver Freiheiten.....265

<i>A. Die Verallgemeinerung der Bindungsgrenzen durch „mittelbare Allgemeinwirkung“ .....</i>	<i>265</i>
I. Voraussetzungen einer Gesamtanalogie.....	265
1. Möglichkeit einer Gesamtanalogie .....	265

2. Schwierigkeit einer Gesamtanalogie .....	267
3. Voraussetzungen einer Gesamtanalogie .....	268
II. Keine Verallgemeinerbarkeit spezieller Bindungsgrenzen durch Gesamtanalogie .....	269
1. Gemeinsame Wertung umfassenderen Anwendungsbereichs (Erste Voraussetzung einer Analogie) .....	269
a) Verworfenne allgemeine Zwecke .....	270
b) Uneinheitlichkeit unmittelbarer Zwecke .....	271
2. Verallgemeinerungsfähiger Rechtssatz (Zweite Voraussetzung einer Analogie) .....	271
a) Unbegrenzte Bindungen .....	271
b) Strikte Geltung .....	272
c) Zulassung unbegrenzter Bindung .....	272
d) Unterschiedliche Zeiträume .....	273
3. Stimmen gegen eine Gesamtanalogie .....	274
4. Fazit .....	276
III. Verallgemeinerungsbedürfnis trotz fehlender Verallgemeinerbarkeit .....	277
1. Gemeinsamkeiten .....	277
2. Vereinheitlichungsbestreben .....	279
3. Besseres Recht .....	280
4. Lücke ohne Lösung .....	281
a) Ein methodisches Problem .....	282
b) Lösungsansatz .....	284
IV. Mittelbare Allgemeinwirkung zivilrechtlicher Wertungen .....	285
V. Anwendung auf das Problem der Verallgemeinerung von Bindungsgrenzen .....	286
 B. Konstruktion allgemeiner Bindungsgrenzen .....	 287
I. Impliziter Vorbehalt der Interessenfortdauer und kündigungsfreundliche Auslegung, §§ 133, 157 BGB .....	288
1. Mutmaßlicher Parteiwille herausgeschobener statt aufgehobener Kündbarkeit .....	288
2. Kündigungsfreundliche Rechtsprechung .....	290
3. Maßstab .....	292
4. Abdingbarkeit .....	293
II. Zwingende allgemeine Bindungsgrenze, § 138 I BGB bzw. § 314 I S. 1 BGB .....	294
1. Kritik der dogmatischen Anknüpfung einer allgemeinen Bindungsgrenze an § 138 BGB .....	295
a) Verortung im Privatrecht .....	295
b) Anknüpfung an § 314 BGB statt § 138 BGB .....	296

aa)	Sittenwidrigkeit überlanger Bindung, § 138 I BGB.....	296
bb)	Überlange Bindung als zur Kündigung berechtigender, wichtiger Grund i.S.d. § 314 I 1, 2 BGB.....	298
cc)	Außerordentliches Kündigungsrecht nach § 314 I BGB erst nach Ablauf angemessener Bindungszeit .....	299
	(1) Auslaufristen als Ergänzung zum wichtigen Grund i.S.d. § 314 I 2 BGB .....	300
	(2) § 314 I 1 BGB als isolierter gesetzlicher Ansatzpunkt ohne Rückgriff auf § 314 I 2 BGB .....	302
dd)	Sonstige Anknüpfungspunkte .....	303
c)	Ergebnis .....	305
2.	Allgemeine Kriterien für die Begrenzung von Bindung .....	305
a)	Beschränkung einer grundlegenden privatrechtlichen Freiheit.....	306
b)	Soziale Relevanz der Bindung .....	307
aa)	Erhebliche individuelle Belastung.....	307
bb)	Keine Ausnahmekonstellation.....	308
c)	Überlänge der Bindung im Hinblick auf die gefährdete objektive Freiheit.....	309
Kapitel 5: Zusammenfassung der Ergebnisse .....		313
A.	<i>Nicht-paternalistische Begründung von Bindungsgrenzen durch objektive Freiheiten .....</i>	313
B.	<i>Einzelne Bindungsgrenzen und ihre Erklärung durch objektive Freiheiten .....</i>	314
C.	<i>Die Verallgemeinerung der Bindungsgrenzen durch „mittelbare Allgemeinwirkung“ .....</i>	316
D.	<i>Konstruktion allgemeiner Bindungsgrenzen .....</i>	317
Literaturverzeichnis.....		319
Register .....		339